

schwelle günstigstenfalls zwei Jahre nach Eröffnung, spätestens aber nach vier Jahren. Die Kosten für die später geplanten zwei weiteren Gebäudeflügel werden auf 17 Mio. DM veranschlagt.

Der Mietpreis für einen ca. 23 qm großen Büroraum im neuen Zentrum solle einschließlich bestimmter Serviceleistungen ungefähr 1.748 DM monatlich betragen. Büroräume in der Größe von ca. 82 qm sollen 6.232 DM monatlich kosten. Interesse an der Anmietung von Büroräumen im neuen Zentrum haben bereits Verbände und Unternehmen wie der DIHT, Lufthansa, Bertelsmann und die Bank of China bekundet.

Das neue Zentrum ist nach Äußerungen des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der BayernLB Teil eines Netzwerkes Deutscher Zentren in verschiedenen ost-, süd- und südostasiatischen Ländern. Neben der BayernLB sind auch noch andere deutsche Landesbanken an dem Aufbau dieser Zentren beteiligt. (NfA, 13.11.97; SZ, 13.11.97)

Das Deutsche Zentrum in Shanghai bietet neben der Vermietung von Büroräumen auch sogenannte Business-Centre-Dienstleistungen wie Schreib- und Sekretariatsleistungen, Übersetzungsdienste und Kurierdienste an. Darüber hinaus sind auch Beratungsleistungen für deutsche Unternehmen, die in China investieren wollen, Personalvermittlung und Messe-Service Teil seines Dienstleistungsprogramms.

Deutsche Direktinvestitionen in der VR China sind im ersten Halbjahr 1997 entgegen dem allgemeinen Trend überproportional gewachsen. Während sich allgemein der Zuwachs bei den ausländischen Direktinvestitionen in China im ersten Halbjahr 1997 mit 6,4% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verlangsamte, verzeichneten die deutschen Direktinvestitionen in China im ersten Halbjahr 1997 einen Zuwachs von 137,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Deutsche Direktinvestitionen wiesen damit gegenüber den Direktinvestitionen anderer Länder die höchste Zuwachsrate auf. Investitionen aus Hongkong und Japan, die zu den wichtigsten ausländischen Investoren in China zählen, gingen hingegen innerhalb desselben Zeitraums um 5,5% bzw. 10% zurück. (NfA, 11.11.97) -ho-

Binnenwirtschaft

19 Nationale Konferenz zur Reform des Finanzsystems

Vom 17. bis zum 19. November fand in Beijing eine nationale Konferenz zur Reform des Finanzsystems statt. Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji hatte diese Konferenz bereits während des Treffens der Weltbankmitglieder im September in Hongkong angekündigt. Das Zentralkomitee der KP Chinas und der Staatsrat hatten die Konferenz organisiert, an der neben Präsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng, Vizeministerpräsident Zhu Rongji und führenden Mitgliedern des Politbüros der KP und des Staatsrats auch mehrere Provinzgouverneure, die Leiter der verschiedenen Niederlassungen der chinesischen Zentralbank, das führende Management der großen Staatsbanken und führende Vertreter der wichtigsten Versicherungsgesellschaften teilnahmen. Die jüngsten Krisenerscheinungen in den Volkswirtschaften und Finanzmärkten Südost- und Ostasiens verliehen der Konferenz besondere Brisanz, so daß auch ausländische Beobachter verstärktes Interesse an dem nationalen Treffen bekundeten. Zugleich handelte es sich bei dieser Konferenz um die erste ihrer Art. Es werden zwar alljährlich im Herbst nationale Konferenzen zu den wirtschaftlichen Entwicklungen des laufenden und den Planvorgaben des kommenden Jahres abgehalten, die diesjährige Konferenz zum Finanzsektor ist jedoch ein Novum. (CNA, 01.12.97; SCMP, 21.11.97; Xinhua, in Chinese, 20.11.97 in SWB FE/D3084/CNS 241197)

Im Anschluß an die Konferenz wurde bekanntgegeben, daß China der Reform seines Finanzsystems in Zukunft höchste Priorität einräumen wird. Die Teilnehmer der Konferenz erzielten Einigkeit darüber, daß der Finanzsektor der Kern einer modernen Volkswirtschaft sei. Wie in der nach Abschluß des Treffens über die Nachrichtenagentur Xinhua verbreiteten Erklärung zu den Ergebnissen der Konferenz festgestellt wurde, ist sich die Staatsführung im klaren darüber, daß eine Vielzahl von Problemen das gegenwärtige Finanzsystem Chinas belasten. Im einzelnen

wurden die mangelnde Entwicklung des Finanzsektors, der der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr gerecht wird, das unterentwickelte Rechtssystem im Finanzwesen, die mangelnde Aufsicht über die Finanzinstitutionen, die Schwächen im Management, das allgemeine Chaos im Finanzsystem und die weitverbreiteten rechtswidrigen Geschäftspraktiken als Ursachen für die momentanen Probleme im Finanzsektor genannt. Um den Gefahren vorzubeugen, die aus diesen Problemen resultieren könnten, forderte die Konferenz eine Forcierung der Reformen auf dem Finanzsektor. Details, wie man die Reform im einzelnen zu bewerkstelligen gedenkt, wurden in der Xinhua-Erklärung nicht genannt. Es wurde jedoch ein Zeitplan von drei Jahren aufgestellt, in dem man die Reformen erfolgreich durchzuführen hofft. Als Maßnahmen werden mehr oder weniger allgemein die Umwandlung der staatlichen Banken in wirklich kommerziell arbeitende Banken, die Stärkung der Aufsichtsfunktion der Zentralbank, die Verbesserung der Rechtssicherheit im Finanzsektor und die Beschleunigung der Reform der Staatsbetriebe genannt. (CNA, 01.12.97; IHT, 21.11.97; SCMP, 21.11.97; Xinhua, in Chinese, 20.11.97 in SWB FE/D3084/CNS 241197)

Auf die Dringlichkeit, die Reformen des Finanzsystems zu beschleunigen, haben ausländische Beobachter in der jüngsten Vergangenheit wiederholt hingewiesen. Allein die Bilanzen der staatlichen Banken sind nach jüngsten Schätzungen der Zentralbank (PBOC) mit notleidenden Krediten in einer Größenordnung von 13-14% belastet. Ausländische Beobachter schätzen den Anteil der notleidenden Kredite sogar noch höher ein. So hält es die US-amerikanische Forschungsorganisation DRI/McGraw Hill nach einem Bericht der *International Herald Tribune* vom 21.11.97 für wahrscheinlicher, daß sich der Anteil der notleidenden Kredite in einer Größenordnung von 20-40% bewegt. Angesichts dieser Daten ist eine Forcierung der Reform dringend geboten. Welche Maßnahmen die Regierung im einzelnen durchzuführen gedenkt, wird vermutlich erst in einigen Monaten sichtbar werden. Ein vielversprechendes Anzeichen für eine größere Offenheit in der Geldpolitik tauchte jedoch schon Anfang Dezember auf. Die Zentralbank kündigte an, ab Anfang nächsten Jahres ein bislang als intern behandeltes Zirkular über die aktuelle Geldpolitik künftig veröf-

fentlichen zu wollen. (IHT, 21.11.97; SCMP, 05.12.97) -ho-

20 Furcht vor Deflation

Nach der erfolgreichen Bekämpfung der galoppierenden Inflation, die ihren Höhepunkt 1994 mit einer jährlichen Preisindexsteigerung von 30% erreicht hatte, werden nun aufgrund der jüngsten Entwicklung der Preisindizes Deflationsängste laut. Im Oktober fiel der Einzelhandelspreisindex in der Volksrepublik um 0,4% gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit waren die Preise in China das erste Mal seit 1986 rückläufig. Der Preisanstieg beim Index für die Lebenshaltung verlangsamte sich von 1,8% im September auf 1,5% im Oktober. Die Preissteigerungsrate der ersten zehn Monate beträgt damit nach Angaben des Statistischen Amtes nur noch 1,1% gegenüber demselben Vorjahreszeitraum. Nach Äußerungen eines Vertreters des Informationszentrums, einer Unterbehörde der State Economic and Trade Commission, erwarte man ein Andauern der deflatorischen Entwicklung auch in diesem und im folgenden Monat. Nach seinen Berechnungen werde der Einzelhandelspreisindex im November um 0,6% und im Dezember um 0,4% zurückgehen. Als Ursache für die deflatorische Entwicklung nannte der Vertreter des Informationszentrums die in den vergangenen Jahren konsequent durchgeführte Anti-Inflationspolitik der Zentralregierung. (SCMP, 12. und 21.11.97)

Da der Einzelhandelspreisindex in der Volksrepublik als Eckwert der Geldwertentwicklung gilt, sehen zahlreiche Experten in der jüngsten Entwicklung durchaus ein besorgniserregendes Alarmzeichen für einen Deflationsprozeß auf dem Festland. Diese Entwicklung ist nach Expertenmeinung ein klares Zeichen für steigende Überkapazitäten auf der Angebotsseite und eine sich gleichzeitig abschwächende Inlandsnachfrage. Einige Experten betrachten die momentane deflatorische Entwicklung lediglich als temporäre Erscheinung. Zieht man jedoch noch weitere, kürzlich veröffentlichte ökonomische Daten hinzu, dann wird recht schnell deutlich, daß die momentane wirtschaftliche Entwicklung von mehreren Negativdaten gekennzeichnet ist. So ist im dritten Quartal dieses Jahres nach jüngsten statistischen Angaben das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Volksrepublik nur noch um 8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gewachsen. Da-

mit wurde der niedrigste Wachstumswert des BIP innerhalb der vergangenen Jahre erreicht. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wuchs das BIP noch um 9,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig wachsen die Lagerbestände bei den Herstellern, die inzwischen 1-1,5% des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, ein deutliches Zeichen für Überkapazitäten auf der Angebotsseite. Gefahr für die Entwicklung auf dem Festland droht auch von seiten der Auslandsnachfrage. Die jüngsten Abwertungen mehrerer asiatischer Währungen infolge der Währungskrise haben den Yuan gegenüber mehreren ost- und südostasiatischen Währungen aufgewertet. Eine derartige Entwicklung verschlechtert naturgemäß die zukünftigen Exportaussichten der festlandschinesischen Unternehmen, so daß für die Gewinnaussichten der Unternehmen Gefahr von zwei Seiten droht - den sich verdunkelnden Exportchancen und der sich abschwächenden Inlandsnachfrage. Außerdem befinden sich die festlandschinesischen Unternehmen in einem seit Jahren stärker werdenden Wettbewerbskampf auf den Inlandsmärkten. (HB, 25.11.97; NZZ, 26.11.97; SCMP, 04. und 12.11.97; Zhongguo She news agency, in Chinese, 16.11.97 in SWB FE/W0514/CNS 261197)

Obwohl die Zentralbank in der jüngsten Vergangenheit drei Zinssatzsenkungen, zwei 1996 und eine erst kürzlich im Oktober 1997, vorgenommen hat, sind von diesen Zinssatzsenkungen offensichtlich keine entscheidenden Impulse auf die realwirtschaftliche Entwicklung ausgegangen, wie die jüngst veröffentlichten statistischen Daten nahelegen. Nach Aussagen von Dong Tao, einem Festlandsexperten von Schroeders Securities Asia, steuere die Geldpolitik in der Volksrepublik auf die klassische Liquiditätsfalle zu, wenn selbst mehrfache Zinssenkungen keinen stimulierenden Effekt auf die Güternachfrage haben. Einige Experten fordern bereits eine erneute Zinssatzsenkung, um der Wirtschaft neue Impulse zu verleihen. Nach ihrer Meinung besteht noch Spielraum für eine weitere Zinssatzsenkung von 1 - 2%. (HB, 25.11.97; Zhongguo She news agency, in Chinese, 16.11.97 in SWB FE/W0514/CNS 261197)

Problematisch zeigt sich auch die diesjährige Entwicklung bei den ausländischen Direktinvestitionen. So haben die realisierten Investitionsprojekte bis Ende September nur noch um 6,3% gegenüber dem Vorjahres-

zeitraum zugenommen. Im Vorjahr hatte das Wachstum bis Ende September noch bei 15% gelegen. (NZZ, 26.11.97)

Da die Arbeitslosigkeit inzwischen zu einem immer größeren Problem für China wird, sind die jüngsten Daten zur makroökonomischen Entwicklung als durchaus besorgniserregende Anzeichen zu werten. Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Reform der maroden Staatsbetriebe und der damit verbundenen unumgänglichen Freisetzung von Arbeitskräften verschlechtert die momentane wirtschaftliche Entwicklung die Aussichten für eine schnelle Durchführung der notwendigen Reformen. Die augenblickliche wirtschaftliche Situation läßt den Schluß zu, daß sich auch China nicht vollständig der Wirtschaftskrise in Ost- und Südostasien entziehen kann. (NZZ, 26.11.97) -ho-

21 Es ist nicht alles Gold was glänzt: Erste Bauphase des Drei-Schluchten-Projekts beendet

Im Beisein der fast vollständig versammelten chinesischen Staatsführung wurde mit der Schließung des Yangtze durch zwei provisorische Dämme und dessen vollständiger Umleitung durch einen zuvor errichteten Kanal in Sandouping am unteren Ende des Drei-Schluchten-Gebiets die erste Bauphase des gigantischen Staumdammprojekts am 8. November abgeschlossen. Das wegen seiner Umweltverträglichkeit im Ausland wie im Inland äußerst umstrittene Bauprojekt, dessen Gesamtkosten auf über 200 Mrd. Yuan (ca. 50 Mrd. DM) veranschlagt werden, trat damit in die zweite seiner insgesamt drei Bauphasen ein.

Das Staudammprojekt, vom offiziellen China als Jahrhundertprojekt und als größtes ingenieurtechnisches Bauwerk der chinesischen Geschichte gefeiert, soll bis zum Jahr 2009 fertiggestellt werden. Dann soll die noch zu errichtende, knapp zwei Kilometer lange und 182 Meter hohe Staumauer den 6.300 km langen Yangtze im Drei-Schluchten-Gebiet in einen See von über 600 km Länge verwandeln. Nach Fertigstellung des Staudamms soll das größte Wasserkraftwerk der Welt, bestehend aus 26 Generatoren mit einer jährlichen Durchschnittsleistung von 84,68 Mrd. Kilowattstunden Zentralchina mit Elektrizität versorgen. Die auf Schätzungen beruhende Jah-

resleistung des Wasserkraftwerks entspräche nach offiziellen Angaben einem Siebtel des gesamten chinesischen Stromverbrauchs im Jahre 1992 und der zusammengefaßten Leistung von 18 Kernkraftwerken. (IHT, 8/9.11.97; NfA, 3.11.97; NZZ, 10.11.97; XNA, 04. und 09.11.97)

Um dem Drei-Schluchten-Projekt, das von der *South China Morning Post* kürzlich ironisierend als Chinas größtes Monument des Maoismus bezeichnet wurde, Legitimität zu verschaffen, läßt die Staatsführung kein Mittel unversucht. So bemühen die staatlichen Autoritäten mal wieder die Geschichte. Danach habe Sun Yatsen bereits 1919 vorgeschlagen, den Yangtze im Drei-Schluchten Gebiet mit einem großen Damm zur Hochwasserkontrolle, Verbesserung der Schifffahrtswege und Elektrizitätsgewinnung zu stauen. Diese Pläne wurden von der Guomindang-Regierung in den vierziger Jahren erneut aufgenommen, indem sie einen amerikanischen Experten mit einer Durchführbarkeitsstudie vor Ort beauftragte. Die Weiterverfolgung der Staudammpäne scheiterte an der wirtschaftlichen Krise und dem Bürgerkrieg in den Nachkriegsjahren. 1953 brachte Mao Zedong den Plan zur Errichtung eines Staudamms erneut ins Gespräch. In den 80er Jahren wurden die Planungsarbeiten forciert. 1989 erklärte das staatliche Planungsbüro seine Untersuchungen für abgeschlossen und empfahl den baldigen Baubeginn bei Sandouping. 1992 wurde das Projekt vor den nationalen Volkskongreß gebracht, um über dessen Durchführung zu entscheiden. In der Abstimmung entschieden sich 1.767 der 2.608 Delegierten für das Projekt. In sonst ungewöhnlichem Umfang votierten 177 Abgeordnete gegen das Projekt und 664 enthielten sich. Die für festlandschinesische Verhältnisse ungewöhnlich große Anzahl an Gegenstimmen und Enthaltungen zeigte, daß das Projekt bis hinauf in die staatliche Führungsebene äußerst umstritten war. Der Baubeginn wurde allerdings noch im gleichen Jahr eingeleitet. (SCMP, 05. und 12.11.97; XNA, 06.11.97)

In der momentan beginnenden zweiten Bauphase, die gemäß den Planungen im Jahr 2003 abgeschlossen werden soll und als die „heikelste“ Phase des Projekts bezeichnet wird, soll zunächst ein dritter, betonverstärkter, provisorischer Damm bis zum kommenden Frühjahr errichtet werden, um die Baustelle vor dem alljährlichen Frühlingshochwasser ausreichend schützen zu können. Zugleich wird

in dem knapp 3,5 km langen und 350 Meter breiten Umleitungskanal, durch den gegenwärtig der gesamte Fluß abgeleitet wird, eine provisorische Schleuse eingebaut, um einen reibungslosen, wasserstandsunabhängigen Schiffsverkehr während der weiteren Bauarbeiten gewährleisten zu können. Erst dann kann mit der Errichtung des eigentlichen, über 180 Meter hohen Staudamms begonnen werden. Mit Abschluß der ersten Bauphase im Jahr 2003 sollen auch die ersten 14 der insgesamt 26 Generatoren fertiggestellt werden und ans Netz gehen. Ministerpräsident Li Peng, der als Energieminister in den 80er Jahren entscheidender Förderer des Staudammprojekts war, wies im Rahmen der gigantischen Feierlichkeiten zum Abschluß der ersten Bauphase erneut darauf hin, daß die Stromerzeugung unbedingt im Jahr 2003 beginnen müsse. Der Wasserstand des Yangtze soll sich zum Abschluß der zweiten Bauphase auf 135 m erhöht haben. (HB, 10.11.97; NfA, 3.11.97; NZZ, 10.11.97; SCMP, 01.11.97; XNA, 09.11.97)

Die dritte Bauphase von 2003 bis 2009 sieht die endgültige Fertigstellung aller 26 Generatoren vor. Außerdem soll ein künstlicher Kanal mit fünf Schleusen für die Passagier- und Frachtschifffahrt errichtet werden. Nach Fertigstellung des Kanals sollen Schiffe bis zu einer Größe von 10.000 Tonnen den Yangtze ungehindert von Chongqing bis Hankou befahren können. Der Wasserpegel vor dem Staudamm soll dann bis auf 175 m ansteigen. (NfA, 3.11.97; SCMP, 8.11.97; XNA, 02.11.97)

Das Staudammprojekt ist mit einem gewaltigen Umsiedlungsprogramm verbunden. Nach Abschluß des Projekts wird eine Gesamtfläche von 60.000 Hektar mit 1.500 Betrieben, 23 Städten und mehr als 100 Ortschaften im Drei-Schluchten-Gebiet überschwemmt worden sein. Insgesamt müssen bis zu 1,2 Mio. Bewohner umgesiedelt werden. Nach Angaben der Behörden sind seit 1993 bereits 95.000 Personen umgesiedelt worden. Weitere 500.000 Bewohner sollen während der momentan beginnenden zweiten Bauphase bis 2003 umgesiedelt werden. Nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen müssen viele der Anwohner der zukünftigen Überschwemmungsgebiete unter Androhung von Zwangsmaßnahmen und mit teilweise unzureichenden Entschädigungen ihre Behausungen aufgeben. Die Regierung beteuert allerdings, daß jede umgesiedelte Person und

jeder neu zu errichtende Betrieb angemessen entschädigt werden. Kritiker bezweifeln, daß eine Umsiedlung in dieser Größenordnung zufriedenstellend gelöst werden könne. Um allen Kritikern in diesem Punkt zu trotzen, wurde in den chinesischen Medien in den Wochen vor und nach den Feierlichkeiten zum Abschluß der ersten Bauphase eine großangelegte Offensive gestartet, die zeigen sollte, daß sich die Lebensverhältnisse der bereits umgesiedelten Anwohner entscheidend verbessert haben. (AWSJ, 7./8.11.97; FAZ, 10.11.97; NZZ, 10.11.97; SCMP, 8.11.97; XNA, 07.11.97)

Kritik wird auch an der offiziellen Kostenplanung des Bauvorhabens geäußert. Nachdem die Gesamtkosten von staatlichen Stellen bei Baubeginn 1993 zunächst mit 90 Mrd. Yuan beziffert wurden, haben diese die Projektkosten inzwischen auf insgesamt knapp 204 Mrd. Yuan nach oben revidiert. Als Gründe für die Kostenexplosion werden die hohen, ursprünglich nicht einkalkulierten Inflationsraten und der erhöhte Mehrverbrauch an Ausrüstungsgegenständen angegeben. Kritiker fürchten dagegen Gesamtkosten von mehr als 500 Mrd. Yuan. Allein 40 Mrd. Yuan wird nach offiziellen Angaben die Umsiedlung kosten. (HB, 10.11.97; SCMP, 09.11.97; XNA, 03.11.97)

Die Regierung hat für die Finanzierung einen Drei-Stufen-Plan entwickelt, den das Projekt durchlaufen soll. Danach ist die erste Phase bis 2005 durch unentwegte Kapitalzufuhr gekennzeichnet. Bereits für das Jahr 2006 ist der Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, so daß eine weitere Kreditaufnahme nicht mehr erforderlich sein soll. Damit könne die zweite bis 2012 dauernde Phase beginnen, innerhalb derer die Schuldentilgung stattfinden soll. Für 2012 ist bereits das Erreichen der Gewinnschwelle und somit der dritten Phase vorgesehen.

Die Mittel zur Finanzierung des Projekts stammen nach offiziellen Angaben aus den folgenden Quellen:

- Der Drei-Schluchten-Konstruktionsfonds, dessen Gelder zu einem großen Teil aus den Einnahmen einer landesweit erhobenen zusätzlichen Elektrizitätsgebühr stammen.
- Die Einkünfte aus dem Stromverkauf des ebenfalls am Yangtze befindlichen Gezhouba-Kraftwerks, das sich im Eigentum der China

Yangtze Drei-Schluchten-Projekt Entwicklungsgesellschaft befindet.

- Die zukünftigen Profite des Drei-Schluchten-Kraftwerks.
- Kredite von der State Development Bank und anderen Inlandsbanken.
- Anleihen, die sowohl an den heimischen als auch an den internationalen Kapitalmärkten ausgegeben werden.
- Kredite von ausländischen Banken und Bankenkonsortien.

Ungefähr 70% der Baukosten sollen mit den Einnahmen des Gezhouba-Wasserkraftwerks, dem staatlichen Konstruktionsfonds, den Krediten der State Development Bank (SDB) und den Krediten von ausländischen Banken finanziert werden. Die Höhe der von der SDB bereitgestellten Kredite wird mit 30 Mrd. Yuan angegeben. Offizielle Schätzungen über die von ausländischen Kreditgebern zur Verfügung gestellten Summen liegen bislang nicht vor. Ausländische Unternehmen sind allerdings nicht nur an der Finanzierung, sondern auch direkt an den Bautätigkeiten beteiligt. Die jährlichen Einnahmen, die das Drei-Schluchten-Kraftwerk nach Fertigstellung durch Stromverkäufe erzielen soll, werden mit 15,6-18,1 Mrd. Yuan angegeben. (SCMP, 03., 05. und 09.11.97; XNA, 03. und 07.11.97)

Daß jedoch nicht alle Gelder für das Staudammprojekt in der jüngsten Vergangenheit ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt wurden, deuten Äußerungen an, die Ministerpräsident Li Peng während der Feierlichkeiten zum Abschluß des ersten Bauabschnitts machte. So sagte er, daß der unkontrollierte Abfluß, die zweckentfremdende Umleitung und die Verschwendung von Finanzierungsmitteln schleunigst ein Ende finden müssen. Offensichtlich läuft nicht alles so reibungslos ab, wie es von den staatlichen Medien dargestellt wird. (FAZ, 10.11.97; SCMP, 08.11.97)

Da das Projekt in der chinesischen Regierung höchste Priorität genießt, schlug diese auch alle Warnungen in den Wind, die von ausländischen wie inländischen Ökologieexperten geäußert wurden und werden. Umweltexperten forderten wiederholt, das Großprojekt durch mehrere über ein größeres Gebiet verteilte kleine Staudämme zu ersetzen, die die Hochwasserregulierung wesentlich effizienter bewerkstelligen könnten und eine geringere ökologische Gefahr darstellen würden. Außerdem äußerten sie die Befürchtung, daß die künstliche

Errichtung eines derart großen Wasserspeichers unvorhersagbare seismologische Folgen auslösen könnte. Auch die Ablagerungen, die sich durch die gewaltigen Schlammmassen, die der Yangtze transportiert, und durch die Industrie- und Haushaltsabfälle in dem Stausee bilden würden, stellen eine ernsthafte Bedrohung für den Wasserhaushalt des Yangtze dar. Einige Kritiker äußerten in diesem Zusammenhang die Vermutung, daß sich der Stausee recht schnell in eine gigantische „Jauchegrube“ verwandeln wird. Noch während der jetzt abgehaltenen Feierlichkeiten wies Huang Wanli, Professor an der Qinghua-Universität und ein anerkannter Spezialist für hydroelektrische Projekte, öffentlich darauf hin, daß der Staudamm zu Hochwasserzeiten gewaltige Überschwemmungen am Oberlauf des Flusses auslösen könnte. Die US-amerikanische Regierung, in Umweltfragen sonst nicht unbedingt zimperlich, hatte bereits 1994 entschieden, dem Projekt jegliche finanzielle Unterstützung zu verweigern. Die staatlichen Medien Chinas hingegen versuchen alle ökologischen Bedenken zu zerstreuen, indem sie unentwegt auf die Umweltverträglichkeit des Projekts, die nach allen Seiten hin überprüft worden sei, hinweisen. Auch die während der Feierlichkeiten in verschiedenen Pressemeldungen aufgetauchten Bedenken hinsichtlich der Verwundbarkeit des Staudamms im Kriegsfall wurden umgehend von den staatlich gelenkten Medien entkräftet, indem man auf bereits durchgeführte Planungsstudien verwies, die die Kontrollierbarkeit der bei einer Zerstörung des Staudamms durch Kriegswaffen entstehenden Flutwelle festgestellt hätten.

Trotz all der geäußerten Bedenken ist das offizielle China nicht willens, sich in irgendeiner Form in sein Jahrhundertwunder hineinreden zu lassen. (FT, 08./09.11.97; IHT, 10.11.97; SCMP, 04., 05. und 10.11.97) -

22 Staatsbetriebe auf Auktionen erwerbbar

In Beijing wurde Mitte November die erste öffentliche Auktion bankrotter Staatsbetriebe durchgeführt. Das berichtete die *South China Morning Post* vom 16.11.97. Während der von der Beijinger Stadtregierung initiierten Auktion wurden den Interessenten 56 zur Liquidation anstehende Staatsunternehmen angeboten. Die Versteigerung bankrotter Staatsunternehmen gehört zu den Reformmaßnahmen, die

auf dem 15. Parteitag im September beschlossen wurden. (Vgl. *China aktuell* 9/97) An der Versteigerung in Beijing konnten sich auch ausländische Interessenten beteiligen. Vor der Auktion bestand für alle Interessenten die Möglichkeit, die angebotenen Unternehmen besichtigen zu können. (SCMP, 16.11.97)

Versteigerungen ganzer Betriebe oder von Unternehmensanteilen in Form von Aktien wurden auch aus anderen Provinzen gemeldet. In Shenyang, Hauptstadt der nordostchinesischen Provinz Liaoning, wurde im November eine Auktion durchgeführt, auf der Anteile an 192 kleinen Staats- und Kollektivbetrieben und zwölf komplette Staatsunternehmen zum Verkauf anstanden. An der Versteigerung haben mehr als 3.000 potentielle Käufer teilgenommen. Unter den Interessenten waren sowohl Vertreter nichtstaatlicher Unternehmen und Verbände als auch Privatpersonen vertreten. Die offerierten Betriebe stammten aus der Maschinenbau-, der Pharma-, der Chemie-, der Elektronik- und der Textilbranche. Die Stadtregierung von Shenyang sagte den Käufern der Betriebe oder Unternehmensanteile administrative und finanzielle Unterstützung zu. Der Shenyanger Magistrat beabsichtigt die Reformbeschlüsse zur Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse der Staatsunternehmen auf zunächst 29% der gesamten staatlichen Betriebe in der Stadt anzuwenden. (XNA, 21.11.97)

Nach einem Bericht der *Business Weekly*-Ausgabe der englischsprachigen *China Daily* erwägt die Zentralregierung, potentiellen ausländischen Investoren generell zu gestatten, sich an der Fusion, der Versteigerung und dem Verkauf von zumindest mittelgroßen und kleinen Staatsbetrieben beteiligen zu können. Ausländische Investoren hätten laut diesem Bericht bereits großes Interesse an möglichen Beteiligungen und Übernahmen staatlicher Betriebe geäußert. (XNA, 03.11.97)

Im November wurden weitere Fusionen staatlicher Großbetriebe gemeldet. So übernahmen die China Petrochemical Corp. (Sinopec) und ihre 100%ige Tochter Qilu Petrochemical Co zwei verlustbringende staatliche Petrochemiebetriebe. Bei den Übernahmekandidaten handelte es sich um die in der Provinz Shandong ansässigen Staatsunternehmen Zibo Chemical Fiber Factory und die Zibo Petrochemical Factory. Bei-

de Unternehmen, die sich in kommunalem Besitz befanden, beschäftigen über 50.000 Arbeitskräfte und sind mit insgesamt mindestens 3 Mrd. Yuan verschuldet. Dieser Zusammenschluß ist die größte bislang gemeldete Fusion staatlicher Unternehmen infolge der Reformbeschlüsse des 15. Parteitags. Sinopec, die einen Großteil des Erdölraffineriegeschäfts in der Volksrepublik abwickelt, untersteht als staatlicher Großbetrieb direkt der Regierung in Beijing. Das *Asian Wall Street Journal* vom 12. November sah in dieser Fusion ein deutliches Beispiel für den Versuch, die Reform der großen Staatsbetriebe durch die Bildung von Konglomeraten zu bewerkstelligen. Gleichzeitig wertete sie diesen Zusammenschluß als deutliches Zeichen dafür, daß in der Reform der Staatsbetriebe der Erhalt von Arbeitsplätzen Vorrang vor der Schaffung international konkurrenzfähiger Unternehmen genießt. Denn nach Angaben von Sinopec-Vertretern werden die beiden übernommenen Betriebe auch nach Übernahme der Schulden durch die Zentralregierung auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähig sein. Allein die erforderlichen Neuinvestitionen würden sich auf ca. 1 Mrd. Yuan belaufen. Nach Aussagen des chinesischen Vizeministerpräsidenten Wu Bangguo, der für die Umstrukturierung des staatlichen Wirtschaftssektors zuständig ist, ist das Mittel der Fusion jedoch eines der wichtigsten Modelle für die Neustrukturierung der verschuldeten Staatsbetriebe. (AWSJ, 12.11.97; NfA, 12.11.97; Xinhua, in Chinese, 10.11.97 in SWB FE/D3081/CNS 201197) -ho-

SVR Hongkong

23 Hongkong wird weiterhin Menschenrechtsberichte bei den Vereinten Nationen vorlegen

Auch unter chinesischer Souveränität wird die Regierung der SVR Hongkong ihre Berichtspflichten im Rahmen von internationalen Menschenrechtskonventionen erfüllen. In der britisch-chinesischen Gemeinsamen Erklärung und im Grundgesetz für die SVR Hongkong war festgelegt worden, daß nach dem Souveränitätswechsel auch diejenigen Konventionen

in Hongkong Gültigkeit behalten sollten, denen die VR China selbst bislang nicht beigetreten ist. (Xinhua, United Nations, 26.11.1997; SCMP, 25.11.1997; 4.12.1997; RTHK Radio 3, 22.11.1997, nach SWB, 24.11.1997)

Die Zentralregierung in Beijing kündigte an, daß sie die Eingabe der Hongkonger Menschenrechtsberichte bei den Vereinten Nationen unterstützen werde. Die Hongkonger Regierung könne die Berichte über den Sonderbevollmächtigten des chinesischen Außenministeriums in Hongkong an die Vertretung der VR China bei den Vereinten Nationen weiterleiten. Beamte der SVR-Regierung könnten bei den Vereinten Nationen dann im Namen der chinesischen Delegation auftreten. Die VR China werde somit den erforderlichen Mechanismus bereitstellen, um eine Vorlage durch die Hongkonger Stellen zu ermöglichen. Die chinesische Regierung hat sich bisher allerdings nicht eindeutig dazu geäußert, ob die Hongkonger Berichte einer Revision durch das chinesische Außenministerium unterzogen werden könnten. Offenbar wird darüber derzeit noch mit Hongkonger Regierungsstellen verhandelt.

In der Vergangenheit hatte die britische Kolonialverwaltung vor der Abfassung früherer Menschenrechtsberichte die einzelnen Kapitelüberschriften bekanntgegeben und um Stellungnahmen der Öffentlichkeit gebeten. Die SVR-Regierung will an dieser Praxis festhalten, traf jedoch bereits auf Kritik bei Hongkonger Menschenrechtsgruppen, die ein transparenteres Verfahren unter Beteiligung des Legislativrates für die Abfassung der Berichte fordern. -hei-

24 Die Bindung der Hongkonger Währung an den US-Dollar gerät unter Druck

Die Regierung der SVR Hongkong zeigte sich im Oktober und November entschlossen, die Bindung der Hongkonger Währung an den US-Dollar – den sogenannten *peg* – unter allen Umständen zu verteidigen, auch wenn dadurch kurzfristig ein drastischer Zinsanstieg sowie Einbrüche am Aktien- und Immobilienmarkt ausgelöst werden. Die langfristigen Vorzüge der Dollarbindung überwiegen nach Einschätzung der Regierung und der meisten Währungsfachleute bei weitem gegenüber den kurzfristigen negativen Auswirkungen einer Beibehaltung des

peg. (FT, 3./8./9.11.1997; Xinhua, 11./22.11.1997)

Der Hongkong-Dollar ist im Oktober und November unter den Druck mehrerer Spekulationswellen geraten, nachdem im Zuge der regionalen Währungs- und Finanzmarktkrise mehrere südostasiatische Regierungen die Dollarbindung ihrer Währungen aufgeben und eine drastische Abwertung bis zu 40% in Kauf nehmen mußten.

Anders als die südostasiatischen Währungen ist der Hongkong-Dollar jedoch durch ein besonders strenges System des Currency Board an den US-Dollar gebunden: Die in Hongkong umlaufenden Noten müssen zu einhundert Prozent durch Devisenreserven gedeckt sein. Der Handlungsspielraum der Hong Kong Monetary Authority in der Geld- und Währungspolitik ist dadurch viel geringer als bei Zentralbanken üblich. Der bisherige Erfolg in der Verteidigung des Hongkong-Dollar ist ganz wesentlich auf dieses strenge währungspolitische Regime zurückzuführen. (NZZ, 11.11.1997) -hei-

25 Bankenaufsicht gestärkt: Monetary Authority verlangt tägliche Berichte

Nach der folgenreichen Destabilisierung der Finanzsysteme in mehreren südostasiatischen Staaten hat die Hong Kong Monetary Authority (HKMA) am 12. November weitere Maßnahmen ergriffen, um einer Krise des Bankwesens in Hongkong vorzubeugen. Die Bankenaufsicht wurde erheblich verschärft: Hongkongs Banken müssen nun neben ihren Monatsberichten täglich Rechenschaft über Einlagen, Verbindlichkeiten, Eigenkapital und Liquiditätsreserven bei der HKMA ablegen. (FT, 13.11.1997)

Das Hongkonger System der Bankenaufsicht gilt als eines der strengsten in ganz Ostasien. Die Monetary Authority, die auch Aufgaben einer Aufsichtsbehörde über das Kreditwesen wahrnimmt, genießt unter ausländischen Bankfachleuten einen guten Ruf. Hongkongs Banken gelten im Vergleich zu den meisten südostasiatischen, aber auch vielen koreanischen und japanischen Finanzinstituten als gesund. Der Anteil der „bad and doubtful loans“ beträgt nach offiziellen Angaben durchschnittlich nur zwei Prozent.